Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2016 des Amtes für Tiefbau und Grünflächen - Optimierter Regiebetrieb der Stadt Eisenach -

I. Allgemeines

Der Lagebericht zum Wirtschaftsjahr 2016 ergänzt den aufgestellten Jahresabschluss des Amtes für Tiefbau und Grünflächen und wurde auf der Grundlage des § 24 ThürEBV sowie § 289 HGB erstellt.

Trotz weiterhin angespannter Haushalts- und Finanzlage der Stadt Eisenach konnte ein genehmigungsfähiger Haushalt aufgestellt werden. Die Haushaltssatzung wurde am 10. Mai 2016 durch den Stadtrat beschlossen, am 06. September 2016 öffentlich bekannt gemacht und trat damit rückwirkend zum 01. Januar 2016 in Kraft. Der Wirtschaftsplan des optimierten Regiebetriebs ist Bestandteil des Haushaltsplanes der Stadt Eisenach.

Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage des optimierten Regiebetriebes

1. Ertragslage

Im Wirtschaftsjahr 2016 hat das Amt für Tiefbau und Grünflächen einen Jahresgewinn von 40 T€ erwirtschaftet.

Positionen	2016		Vorjahr		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
Umsatzerlöse	15.238	93,1	14.866	97,3	372	2,5
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0,0	15	0,1	-15	-100,0
Übrige betriebliche Erträge	1.125	6,9	400	2,6	725	181,3
Betriebsleistung	16.363	100,0	15.281	100,0	1.082	7,1
Materialaufwand	10.201	62,3	9.683	63,4	518	5,3
Personalaufwand	5.152	31,5	5.098	33,4	54	1,1
Abschreibungen	341	2,1	316	2,1	25	7,9
Übrige betriebliche Aufwendungen	562	3,4	446	2,9	116	26,0
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0,0	0	0,0	0	-
Sonstige Steuern	18	0,1	25	0,1	-7	-28,0
Betriebsaufwendungen	16.274	99,4	15.568	101,9	706	4,5
Betriebsergebnis	89	0,6	-287	-1,9	376	-131,0
Finanzergebnis	30	0,2	29	0,2	1	-3,4
Geschäftsergebnis	119	0,8	-258	-1,7	377	146,1
Sondereinflüsse	-79	-0,5	-118	-0,8	39	-33,1
Außerordentliche Aufwendungen	0	0,0	0	0,0	0	-
Jahresergebnis	40	0,3	-376	-2,5	416	110,6

Bei einer Betriebsleistung von 16.363 T€ und Aufwendungen von 16.274 T€ ergibt sich ein positives Betriebsergebnis von 89 T€. Nach Berücksichtigung des positiven Finanzergebnisses von 30 T€ und des negativen Ergebnisses aus Sondereinflüssen von -79 T€ schließt das Wirtschaftsjahr 2016 mit einem Gewinn in Höhe von 40 T€ ab.

Die nachfolgende Übersicht zeigt, wie sich das Betriebsergebnis aus den Ergebnissen der einzelnen Sparten des Unternehmens zusammensetzt.

Betriebszweig	Wirtschaftsplan 2016 T€	Ist 2016 T€	Veränderung (Ist./Plan) T€
Tiefbau	-195	-20	175
Friedhof	-150	-100	50
Grünflächen	-147	-51	96
Bauhof	-105	-116	-11
Außendienste	-10	160	170
Parken	405	461	56
Gebäudemanagement	-428	-518	-90
Fuhrparkmanagement	99	185	86
Flüchtlingsunterbringung	0	-14	-14
Finanzanlagen	53	53	0
Jahresergebnis	-478	40	518

Erläuterungen zu den Planabweichungen der einzelnen Betriebszweige werden unter dem Punkt 3. -Weitere Angaben zur wirtschaftlichen Lage des optimierten Regiebetriebes - gegeben.

Auf das Betriebsergebnis haben sowohl positive als auch negative Sondereinflüsse eingewirkt.

Die Sondereinflüsse setzen sich wie folgt zusammen:

Positionen	2016 T€	Vorjahr T€
Erträge aus Auflösung von Wertberichtigungen	22	9
Mieteinnahmen Krematorien	24	24
Erträge aus Auflösung von Rückstellungen	6	13
Erträge aus Anlageabgängen	19	22
Periodenfremde Erträge	44	14
Summe Erträge aus Sondereinflüssen	115	82
Zuführung zu Wertberichtigungen auf Forderungen und Forderungsverluste	66	29
Periodenfremde Aufwendungen	128	171
Summe Aufwendungen aus Sondereinflüssen	194	200
Sondereinflüsse insgesamt	-79	-118

Wie aus der voranstehenden Aufstellung ersichtlich, wirken insgesamt -79 T€ aus Sondereinflüssen negativ auf das Betriebsergebnis. Hauptpositionen bilden die periodenfremden Aufwendungen (128 T€), in denen im Wesentlichen Aufwendungen aus Betriebskostenabrechnungen für 2015 sowie Erstattungen der Betriebskosten an die Sportvereine aus den Jahren 2014 und 2015 enthalten sind, sowie die Zuführungen zu Wertberichtigungen auf Forderungen bzw. Forderungsverluste (66 T€).

1.1. Umsatzerlöse im Vergleich zum Vorjahr

Die Umsatzerlöse nach Betriebszweigen im Vergleich zum Vorjahr stellen sich wie folgt dar:

Betriebszweig	2016 T€	Vorjahr T€	Veränderung T€
Tiefbau	2.061	1.843	218
Friedhof	787	769	18
Grünflächen	1.259	1.232	27
Bauhof	1.917	1.863	54
Außendienste	772	764	8
Perlen	1.541	1.510	31
Gebäudemanagement	6.810	6.805	5
Fuhrparkmanagement	90	78	12
Finanzanlagen	1	1	0
Insgesamt	15.238	14.865	373

1.2. Personalaufwand

Der Personalaufwand hat sich im Wirtschaftsjahr 2016 im Vergleich zum Vorjahr um rd. 54 T€ bzw. 1,1 % erhöht und setzt sich zusammen aus:

Löhne /Gehälter:

	2016 T€	Vorjahr T€	Veränderung T€
Löhne und Gehälter	4.138	4.121	17
sozial Abgaben	1.014	977	37
Insgesamt	5.152	5.098	54

Soziale Abgaben:

	2016 T€	Vorjahr T€	Veränderung T€
Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung	869	845	24
Rückstellungen Sozialversicherung	7	-4	11
Beiträge zur Zusatzversorgungskasse Thüringen (ZVK)	129	129	0
Beiträge Berufsgenossenschaft	9	8	1
Insgesamt	1.014	977	37

Der Personalaufwand ist bei leicht rückläufiger Mitarbeiterzahl ggü. dem Vorjahr geringfügig um 54 T€ auf 5.152 T€ gestiegen. Dies betrifft - neben den leicht gestiegenen Lohn- und Gehaltsaufwendungen (+ 17 T€) - vor allem die gestiegenen Sozialabgaben, hier v. a. bei den AG-Anteilen zur Sozialversicherung (+ 24 T€).

Gegenüber dem Ansatz im Wirtschaftsplan 2016 sind die Personalausgaben dementgegen deutlich um rd. 347 T€ (6,3 %) zurückgeblieben. Dies ist insbesondere auf die Nichtbesetzung der Stellen des Abteilungsleiters Infrastrukturmanagement und des Sachgebietsleiters für den Bereich Friedhof sowie auf Langzeiterkrankungen von Mitarbeitern zurückzuführen.

Personal	**2016**	**Vorjahr**	**Veränderung**
Beschäftigte	108,5	108,8	-0,3
Beamte	3,0	3,0	0,0
Altersteilzeit	2,5	3,8	-1,3
Summe Arbeitnehmer	**114,0**	**115,6**	**-1,6**
Auszubildende	0,3	2,0	-3,2
Summe Arbeitnehmer	**114,3**	**117,6**	**-3,3**

Die durchschnittliche Mitarbeiterzahl hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 2 Ausbildungsplätze sowie durch das Ausscheiden von 1 Mitarbeiter in Altersteilzeit um rund 2,8 % verringert.

Die seit Jahren sinkende Mitarbeiterzahl wie auch die Nichtbesetzung vorhandener Stellen (v. a. Abteilungsleiter Infrastrukturmanagement, Sachgebietsleiter Friedhof) führt immer mehr zu Engpässen bei der Aufgabenerfüllung. Dies gilt sowohl für die durch Kommunalarbeiter zu erledigenden Aufgaben als auch für den ingenieurtechnischen Bereich bei der Planung, Betreuung und Überwachung von Investitionen. Aufgaben über Auftragsvergaben realisieren zu lassen, führen nicht in jedem Fall zum Erfolg, da inzwischen auch in der freien Wirtschaft nicht für alle Gewerke genügend Kapazitäten zur Verfügung stehen.

2. Angaben zur Vermögens- und Finanzlage

2.1. Vermögenslage

Innerhalb von zwölf Monaten nach dem Bilanzstichtag fällige Teilbeträge der Forderungen und Verbindlichkeiten werden dabei als kurzfristig behandelt, alle anderen — soweit nicht besonders vermerkt — als mittel- und langfristig.

	31.12.2016		Vorjahr		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
VERMÖGEN						
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Sachanlagen	5.497	55,8	5.389	53,4	108	2,0
Finanzanlagen	1.011	10,3	1.011	10,0	0	0,0
	6.508	66,1	6.400	63,4	108	1,7
Bereinigtes Anlagevermögen	6.508	66,1	6.400	63,4	108	1,7
Vorräte	86	0,9	82	0,8	4	4,9
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	707	7,2	199	2,0	508	255,3
Forderungen an die Stadt Eisenach	2.282	23,2	3.241	32,1	-959	-29,6
Sonstige kurzfristige Posten	237	2,5	167	1,7	70	41,9
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	6	0,1	5	0,0	1	20,0
Kurzfristig gebundenes Vermögen	3.318	33,9	3.694	36,6	-376	-10,2
Vermögen insgesamt	9.826	100,0	10.094	100,0	-268	-2,7
KAPITAL						
Rücklagen	7.070	72,0	7.070	70,0	0	0,0
Verlust	-2.670	-27,2	-2.710	-26,8	40	-1,5
Eigenkapital	4.400	44,8	4.360	43,2	40	0,9
Bankdarlehen	914	9,3	996	9,9	-82	-8,2
Empfangene Ertragszuschüsse	27	0,3	22	0,2	5	22,7
Rechnungsabgrenzung	2.232	22,7	2.071	20,5	161	7,8
Mittel- und langfristiges Fremdkapital	3.173	32,3	3.089	30,6	84	2,7
Sonstige Rückstellungen	597	6,1	748	7,4	-151	-20,2
Kurzfristige Bankdarlehen	87	0,9	95	0,9	-8	-8,4
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	764	7,8	1.484	14,7	-720	-48,5
Verbindlichkeiten Stadt Eisenach	109	1,1	119	1,2	-10	-8,4
Sonstige Verbindlichkeiten	696	7,0	199	1,9	497	249,7
Kurzfristiges Fremdkapital	2.253	22,9	2.645	26,1	-392	-14,8
Kapital insgesamt	9.826	100,0	10.094	99,9	-268	-2,7

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr von 10.094 T€ um 268 T€ auf 9.826 T€ gesunken.

- Auf der Aktivseite ist die Verringerung der Bilanzsumme insbesondere durch die Verringerung der Forderungen gegenüber der Stadt Eisenach (hier v. a. Forderungen aus dem Cash-Management um rd. 1.290 T€) eingetreten. Demgegenüber standen insbesondere Erhöhungen des Sachanlagevermögens (+ 108 T€) und der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (hier v. a. durch noch nicht zahlungswirksam gewordene Erträge aus der Weiterberechnung von Kosten im Rahmen der Flüchtlingsunterbringung).
- Auf der Passivseite ist die Verringerung insbesondere durch die Reduzierung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (- 720 T€), der sonstigen Rückstellungen (- 151 T€) und der Bankdarlehen (- 89 T€) eingetreten.

Investitionen

Im Wirtschaftsjahr wurden Investitionen in einem Gesamtumfang von 449 T€ getätigt.

Position des Anlagevermögens	T€
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-Betreibs- und anderen Bauten	9
Betriebs- und Geschäftsausstattung	440
Stand zum 31.12.2016	449

Betriebs- Geschäftsausstattung

Folgende Aktivierungen wurden vorgenommen:

Betriebszweig	T€
Friedhof (Friedhofsbagger)	113
Grünflächen (Heißwasserspülgerät, Rasenmäher, sonstige technische Ausstattung)	59
Bauhof/Beleuchtung/Perken (Naßtischsäge, Rüttelplatte, Betonmischer, Stromerzeuger, Parkscheinautomat)	21
Gebäudemanagement (Schrankenanlage, Rasenmäher, Jugendfußballtore*)	18
Fuhrparkmanagement (Elektro-Pkw, Pkw, Mobilbagger, Kipper)	229
Ingesamt	440

** Aufzählung nicht abschließend*

Bei den Investitionen in die Betriebs- und Geschäftsausstattung handelt es sich im Wesentlichen um notwendige Ersatzbeschaffungen im Fuhrpark sowie dringend erforderliche technische und sonstige Ausstattungen bzw. Ersatz für veraltete, sehr reparaturanfällige Technik in den übrigen Bereichen zur Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebes.

Es zeigt sich erneut die finanziell und haushaltsrechtlich bedingte geringe Investitionstätigkeit der letzten Wirtschaftsjahre, die zu einer Überalterung der mobilen Technik und Ausrüstung und folglich zu überhöhten Reparaturkosten und Ausfallzeiten geführt hat.

Finanziert wurden diese Ausgaben aus dem vorhandenen Finanzmittelbestand.

Stand der Anlagen im Bau und der geplanten Bauvorhaben

Zum Schluss des Geschäftsjahres befinden sich keine Anlagen im Bau.

Entwicklung des Eigenkapitals und der Rückstellungen

Das Eigenkapital hat sich wie folgt entwickelt:

	T€
Anfangsbestand	4.359
Jahresgewinn	40
Stand zum 31.12.2016	4.399

Die sonstigen Rückstellungen stellen sich wie folgt dar:

	T€
Anfangsbestand	748
Zuführung	165
Auflösung	-6
Inanspruchnahme	-326
Verzinsung	16
Stand zum 31.12.2016	597

2.2. Finanzlage

Zur Darstellung von Herkunft und Verwendung der Finanzmittel sowie zur Offenlegung der Entwicklung der finanziellen Lage während des abgelaufenen Geschäftsjahres wurde die nachstehende komprimierte Fassung der Kapitalflussrechnung nach DRS 2 herangezogen.

Positionen	2016 T€	Vorjahr T€
Jahresergebnis	+40	-377
Abschreibungen (+) / Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	+341	+316
Zunahme (+) / Abnahme (-) der Rückstellungen	-151	+77
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) / Erträge (-)	+139	-44
Zunahme (-) / Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-909	-173
Zunahme (+) / Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-232	+894
Mittelzufluss / -abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	**-772**	**693**
Auszahlungen für Investitionen des Anlagevermögens (-)	-449	-296
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens (+)	+19	+22
Mittelzufluss / -abfluss aus der Investitionstätigkeit	**-430**	**-274**
Tilgung von Darlehen Veränderung von Zins- und Tilgungsabgrenzung	-87	+82
Mittelzufluss / -abfluss aus der Finanzierungstätigkeit	**-87**	**+82**
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-1.289	+501
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	3.159	2.658
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	**1.870**	**3.159**

Der Finanzmittelfonds setzt sich wie folgt zusammen:

Positionen	2016 T€	Vorjahr T€	Veränderung T€
Forderungen gegen die Stadt Eisenach aus dem Kontenclearing	1.864	3.154	-1.290
Kassenbestand	6	5	1
Insgesamt	**1.870**	**3.159**	**-1.289**

Die Liquidität war durch die vorhandenen flüssigen Mittel und die genehmigte Kreditlinie der Wartburg-Sparkasse von 1.000 T€ grundsätzlich gesichert, wobei die Inanspruchnahme der Kreditlinie nicht erfolgte.

Die vorhandenen Guthaben wurden wie in den Vorjahren im Rahmen eines automatischen Cash-Management-Systems der Stadtverwaltung Eisenach zur Verfügung gestellt. Die Verzinsung erfolgt grundsätzlich auf der Basis des 1-Monats-Euribors. Da der 1-Monats-Euribor jedoch über den gesamten Berichtszeitraum negativ war, ist eine Verzinsung tatsächlich nicht erfolgt.

Gegenüber dem Vorjahr ist der Finanzmittelfonds um 1.289 T€ gesunken. Dies liegt insbesondere in den Mittelabflüssen aus der laufenden Geschäftstätigkeit (- 772 T€) sowie aus der Investitionstätigkeit (- 430 T€) begründet. Der Mittelabfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit resultiert vor allem aus dem zum Stichtag hohen Stand der Forderungen, der im Wesentlichen aus der Weiterberechnung von Kosten für die Errichtung von Gemeinschaftsunterkünften resultiert, die zum 31.12.2016 noch nicht zahlungswirksam geworden sind.

3. Weitere Angaben zur wirtschaftlichen Lage des optimierten Regiebetriebes

Hauptaufgabe des optimierten Regiebetriebs ist insbesondere die Erbringung folgender Leistungen für die Stadt Eisenach:

- Tiefbau
- Betrieb der städtischen Friedhöfe
- Bewirtschaftung der Grünflächen
- Sportstättenbewirtschaftung
- Betrieb der Stadtbeleuchtung
- Parkraumbewirtschaftung (Parkhäuser, Parkplätze, Straßenrandparken)
- Straßenunterhaltung, Beschilderung
- Straßenreinigung, Winterdienst, Verkehrsleiteinrichtungen
- Gebäudemanagement

Zusätzlich wurden im Berichtsjahr die Anmietung und Bewirtschaftung von Wohnungen und der Betrieb einer Gemeinschaftsunterkunft für die in der Stadt Eisenach unterzubringenden Flüchtlinge auf den Regiebetrieb übertragen.

Der optimierte Regiebetrieb wird in der Hauptsache durch Budgetzahlungen der Stadt Eisenach finanziert. In den Planungen wurde von einer Aufstockung des Budgets gegenüber dem Ist 2015 um 371,5 T€ auf 12.213,7 T€ ausgegangen. Im Ist wurden letztendlich jedoch 35 T€ weniger ausgezahlt, da dieser Betrag gem. Beschluss des Haupt- und Finanzausschuss Nr. 0594-HFA/2016 vom 13.09.2016 zur Deckung einer überplanmäßigen Ausgabe herangezogen wurde. Dies hat das Jahresergebnis zusätzlich negativ beeinflusst.

Generell ist das Budget zu gering bemessen. Damit sind planungsseitig bei gleichem oder erweitertem Aufgabenumfang wie in den Vorjahren deutliche Verluste in den meisten Sparten vorprogrammiert.

Eigene Einnahmen werden im Wesentlichen im Rahmen der Friedhofsbetreibung, der Parkraumbewirtschaftung durch Erhebung von Gebühren und Entgelten, aus dem Betrieb zweier Parkhäuser sowie aus Vermietung und Verpachtung erzielt.

Darüber hinaus war das Jahr 2016 wesentlich von der Errichtung von Unterkünften zur Flüchtlingsunterbringung geprägt. Aufgrund des massiven Flüchtlingszuzugs im Herbst 2015 und unter der allgemein herrschenden Erwartung, dass diese Entwicklung weiter anhalten würde, war die Stadt Eisenach – wie die meisten anderen Kommunen auch – gezwungen, sehr kurzfristig eine Vielzahl von Unterbringungsplätzen bereitzustellen. Um diese Aufgabe zu bewältigen, bildete die Stadt eine Arbeitsgruppe („Task Force“) unter Beteiligung der politischen Entscheidungsträger sowie der maßgeblich verantwortlichen Fachämter. In diesem Rahmen wurde der optimierte Regiebetrieb damit beauftragt, geeignete Einrichtungen für die Unterbringung einer möglichst großen Anzahl an Flüchtlingen zu finden und diese entsprechend kurzfristig herzurichten. Da dies für den Betrieb eine zusätzliche, nicht durch die Betriebssatzung abgedeckte Aufgabe darstellt, sollten die entstehenden Kosten abstimmungsgemäß zu 100 % durch das zuständige Sozialamt aus dem städtischen Haushalt übernommen werden.

So war im Jahr 2016 zum Einen der Bau einer Leichtbauhalle als Gemeinschaftsunterkunft mit einer Anzahl von 204 Plätzen am Standort Heinrichstraße 11 vorgesehen. Jeder tatsächlich errichtete Platz wurde mit einer nicht rückzahlbaren Investitionspauschale von 7.500 € durch die Bundesregierung gefördert. Die entsprechenden Planungen wurden bereits beauftragt. Neben der Gemeinschaftsunterkunft in der Heinrichstraße war die Sanierung eines von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) angemieteten Gebäudes in der Ernst-Thälmann-Straße 68 mit einer geplanten Kapazität von 240 Unterkunftsplätzen initiiert worden.

Vor allem aufgrund des stark rückläufigen Flüchtlingszuzugs im Laufe des Jahres 2016, der zum Zeitpunkt der Vorbereitung bzw. Planung nicht absehbar war, wurde letztlich jedoch vom Bau der Halle abgesehen, stattdessen erfolgte die Konzentration auf die Errichtung des Gebäudes Ernst-Thälmann-Straße 68 als Gemeinschaftsunterkunft.

Im Ergebnis stellt sich nunmehr die Frage, ob und in welchem Umfang die bereits entstandenen Planungskosten über die o. g. Pauschale verrechnet werden können, obwohl tatsächlich keine Plätze geschaffen worden sind. Das Thüringer Landesverwaltungsamt hat mit Schreiben vom 04.04.2017 die Möglichkeit eingeräumt, die Erstattung bereits entstandener Kosten für die Planung und Herrichtung zu beantragen. Auf dieser Grundlage wurden seitens des Regiebetriebes mit Schreiben vom 03.07.2017 Kosten in Höhe von rd. 344,5 T€ geltend gemacht. Eine Antwort bzw. Entscheidung hierzu steht derzeit – trotz wiederholter Nachfragen – noch aus. Die entstandenen Kosten wurden als Forderungen gegenüber der Stadt Eisenach bilanziert, da die o. g. Investitionspauschale im städtischen Haushalt bereits vereinnahmt wurde. Sollte das Land die Kosten entsprechend anerkennen, ist ein Ausgleich aus dem städtischen Haushalt vorzunehmen. Die übrigen Mittel der Investitionspauschale (insgesamt standen 1.507.500 € für die Errichtung der Gemeinschaftsunterkunft Heinrichstraße 11 zur Verfügung) sind dann an das Land zurückzuerstatten.

Nachdem von der geplanten Errichtung einer Leichtbauhalle in der Heinrichstraße 11 als Gemeinschaftsunterkunft abgesehen wurde, erfolgte die Konzentration auf die Ertüchtigung des Gebäudes in der Ernst-Thälmann-Straße 68 zur Gemeinschaftsunterkunft. Das Gebäude wurde von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) kostenfrei angemietet (es war lediglich eine monatliche Betriebskostenpauschale von 4.000 € zu zahlen). Die BIMA hat sich vertraglich dazu verpflichtet, alle Baukosten zu übernehmen, die werterhöhend und für eine Weiternutzung des Gebäudes grundsätzlich geeignet sind. Eine Endabrechnung dieser Leistungen stand zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichtes noch aus, so dass die weiter zu berechnenden Kosten noch nicht konkret beziffert werden können.

Für die Gemeinschaftsunterkunft Ernst-Thälmann-Straße 68 war ursprünglich eine Kapazität von 240 Unterbringungsplätzen vorgesehen, so dass vom Land eine Investitionspauschale von 1.800.000 € zur Verfügung gestellt wurde. Letztlich wurden insgesamt 162 Plätze tatsächlich geschaffen, so dass aus dem städtischen Haushalt ein Betrag von 585.000 € (für 78 nicht geschaffene Plätze) an das Land zu erstatten ist. Der übrige Betrag von 1.215.000 € steht als Investitionspauschale für die im Zusammenhang mit der Errichtung der Gemeinschaftsunterkunft entstandenen Kosten zur Verfügung. Eine Endabrechnung über alle Kosten hat bis zum Zeitpunkt der Berichterstattung noch nicht stattgefunden. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass die Einrichtung erst Ende April 2017 in Betrieb genommen werden konnte und die Schlussrechnungen teilweise erst spät vorlagen. Die Abrechnungsmodalitäten erfordern zudem einen nicht unerheblichen Arbeits- und Abstimmungsaufwand.

Insofern kann zum Berichtszeitpunkt auch noch keine Aussage darüber getroffen werden, welche Kosten gegenüber der BIMA bzw. gegenüber dem Land geltend gemacht werden können. Die weiter zu berechnenden Sanierungsaufwendungen wurde insofern bilanziell als Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (ggü. BIMA) bzw. Forderungen gegen die Stadt Eisenach (Investitionspauschale des Landes) erfasst.

Der optimierte Regiebetrieb hat darüber hinaus weitere Aufwendungen im Zusammenhang mit der Flüchtlingsunterbringung zu verzeichnen, die nicht unmittelbar mit der Errichtung von Unterkunftsplätzen im Zusammenhang stehen. Diese beinhalten bspw. die monatliche Betriebskostenpauschale (4 T€) für die Gemeinschaftsunterkunft Ernst-Thälmann-Straße 68 während der Bauphase, die Personalkosten für die im Zusammenhang mit der Aufgabenübertragung geschaffenen 1,5 Stellen sowie Eigenleistungen von Mitarbeitern des optimierten Regiebetriebes. Diese Kosten wurden abstimmungsgemäß gegenüber der Stadtverwaltung Eisenach (Sozialamt) in Rechnung gestellt. Zum Stichtag 31.12.2016 war ein Betrag von rd. 196 T€ noch offen, da einige der o. g. Kostenpositionen nicht anerkannt werden bzw. im Haushaltsplan der Stadt keine Mittel hierfür eingestellt wurden.

Bis zum Stichtag 31.12.2016 konnte diesbezüglich noch keine Einigung zwischen dem städtischen Sozialamt und dem optimierten Regiebetrieb erzielt werden, so dass die noch nicht beglichenen Rechnungen als offene Forderungen gegen die Stadt Eisenach bilanziert wurden.

Für Dritte erfolgt eine Leistungserbringung in sehr geringem Umfang.

3.1. Tiefbau

Innerhalb des Regiebetriebes ist die Abteilung für die Unterhaltung der Straßen, Brücken, Wege, Stützmauern und Gewässer 3. Ordnung verantwortlich. Kostenseitig wird der Bereich hauptsächlich durch die großen Positionen Unterhaltungskosten (799 T€; Plan: 900 T€) und Oberflächenentwässerung (639 T€; Plan: 640 T€) sowie Personalkosten (443 T€; Plan: 457 T€) geprägt. Die gegenüber dem Planansatz um rd. 101 T€ geringeren Unterhaltungskosten leiten sich vor allem daraus ab, dass eine Reihe von Aufträgen noch in 2016 vergeben wurden, die Ausführung der Arbeiten jedoch erst im II. Quartal 2017 erfolgt ist. Durch diesen Umstand ergibt sich für das Jahr 2016 eine Ergebnisverbesserung.

Die Finanzierung erfolgt ausschließlich über das Budget, im Berichtsjahr in Höhe von 2.062 T€ (Plan 2.062 T€). Für die zu bewältigenden Aufgaben ist das Budget zu gering bemessen, so dass diese Sparte von vorn herein mit einem Verlust von 195 T€ geplant wurde.

Vor allem aufgrund der gegenüber dem Plan zurückgebliebenen Unterhaltungsaufwendungen (- 101 T€), aber auch aufgrund geringerer Material- (- 62 T€) und Personalaufwendungen (- 14 T€) schließt die Sparte lediglich mit einem Fehlbetrag von rd. 20 T€ ab. Die o. g. Tatsache, dass eine Reihe der in 2016 vergebenen Aufträge erst im II. Quartal 2017 ausgeführt worden ist, wird das Ergebnis 2017 voraussichtlich zusätzlich belasten.

3.2. Friedhof

Die geplante Einführung neu berechneter Gebührensätze konnte wegen des großen Diskussionsbedarfs der Entscheidungsträger nicht realisiert werden. Nachdem die neue Friedhofsgebührensatzung erst im November 2016 in den Stadtrat eingebracht wurde, beanstandete die Aufsichtsbehörde den Kalkulationszeitraum und forderte eine Neuberechnung ab 2017 bei Fortgeltung der bisherigen Gebühren.

Damit waren die geplanten Umsatzerlöse trotz gestiegener Fallzahlen bei der Nutzung der Friedhofseinrichtungen und mehr Bestattungsfällen als in 2015 nicht erreichbar.

Bestattungen	**2016 Stück**	**2015 Stück**	**Veränderung Stück**
Erdbestattungen	29	28	1
Urnenbeisetzungen	562	557	5
Insgesamt	**591**	**585**	**6**

Nach wie vor liegt die Hauptursache der Spartenverluste Friedhof in der buchhalterischen Behandlung der Grabnutzungsgebühren – der jährlichen ertragswirksamen Auflösung der für den Zeitraum des Nutzungsrechtes (20 bzw. 30 Jahre) vereinnahmten Gebühren früherer Grabverkäufe begründet.

Neben krankheitsbedingten Personalkosteneinsparungen haben sich auch die Nichtbesetzung der Stelle des Sachgebietsleiters über 6 Monate mit insgesamt 37,9 T€ sowie die aus selbigen Gründen notwendig gewordene Verschiebung der geplanten Sanierungsarbeiten am Sanitärgebäude ergebnisverbessernd ausgewirkt.

Darüber hinaus waren Baumpflegearbeiten in Höhe von 15 T€ geplant, nach zwischenzeitlicher Festlegung eines 2-Jahren-Turnusses in 2016 jedoch nicht vergeben worden.

Aufgrund ausreichender Kapazitäten im Wirtschaftsjahr war die vorsorglich geplante Herstellung zusätzlicher Grabstätten nicht erforderlich, so dass die in diesem Zusammenhang geplanten Erträge aus aktivierten Eigenleistungen von 6,5 T€ nicht generiert wurden.

Im Ergebnis weist die Sparte Friedhof einen Verlust von 100 T€ auf. Der geplante Verlust von 150 T€ wurde damit – v. a. aus den oben genannten Gründen – um 50 T€ unterschritten.

3.3. Grünflächen

Dieses Sachgebiet ist für die Pflege der städtischen Grünanlagen, die Baumpflege und die Unterhaltung der Spielplätze zuständig.

Während planungsseitig von einem Verlust von 147 T€ ausgegangen wurde, schließt das Sachgebiet insbesondere aufgrund deutlich geringerer Personalausgaben (- 130 T€) sowie aufgrund gestiegener Erlöse aus Sondernutzungen (+ 16 T€; hier v. a. Außenbestuhlung von Restaurants auf Grünflächen) mit einem Verlust von lediglich etwa 50 T€.

Ergebnisverschlechternd wirkten insbesondere Mehraufwendungen bei der Entsorgung (+ 8 T€, hier v. a. für Laubentsorgung), bei der Grünpflege-Fremdleistungen (+ 7 T€) und bei Wartungskosten für Hard- und Software (+ 7 T€; hier: Vertragsanpassungen beim Baumkataster).

3.4. Bauhof/Straßenbeleuchtung

Das Sachgebiet ist für die Unterhaltung der Straßen und Wege, die Straßenbeschilderung, die Reinigung der Straßeneinläufe, die Straßenbeleuchtung sowie für das Straßenrandparken zuständig.

Die Bewirtschaftung der Straßenrandparkplätze ist jedoch nicht hier, sondern in die Sparte Parken integriert, um eine Gesamtaussage über die Ergebnisse der städtischen Parkraumbewirtschaftung treffen zu können.

Die Struktureinheit schließt das Berichtsjahr mit einem negativen Ergebnis von 116 T€ ab. Das bedeutet gegenüber dem Planansatz (-105 T€) eine geringfügige Ergebnisverschlechterung um rd. 11 T€.

Das Spartenergebnis wird vor allem durch geringere Personalkosten (- 51 T€) sowie durch geringere Unterhaltungsaufwendungen (- 37 T€; hier v. a. durch den geplanten, aber nicht realisierten Umzug des Bauhofs in die Heinrichstraße) positiv beeinflusst. Dementgegen wirkten insbesondere ein leichter Rückgang der Erträge (- 5 T€), höhere Materialaufwendungen (+ 20 T€), ein Anstieg bei den Fremdleistungen (+ 13 T€; hier v. a. durch Markierungsarbeiten) sowie ein Anstieg der innerbetrieblichen Kosten (+ 42 T€) ergebnisverschlechternd.

Außendienste

Aus der nachstehenden Aufstellung sind die Aufgaben sowie die dafür geplanten Aufwendungen ersichtlich.

Aufgabe	Aufwendungen (T€)		
	Plan	Ist	Abweichung
Winterdienst	400	253	147
Maschinelle Straßenreinigung	152	145	7
Papierkorbentleerung	119	121	-2
Wartung/Instandhaltung der Verkehrseinrichtungen	80	62	18
Insgesamt	751	581	170

Die Minderausgaben (170 T€) resultieren aus dem Winterdienst (147 T€), der maschinellen Straßenreinigung (7 T€) und der Wartung/Instandhaltung der Verkehrsleiteinrichtungen (18 T€). Die geringen Aufwendungen im Winterdienst resultieren aus dem verhältnismäßig milden Winter.

Damit verbesserte sich das Spartenergebnis von geplant -10 T€ um 170 T€ auf insgesamt +160 T€.

Parken

In der Sparte Parken wird die gesamte Parkraumbewirtschaftung des Regiebetriebes zusammengefasst. Dazu gehören zum einen das Straßenrandparken (hoheitlicher Bereich) sowie die Bewirtschaftung der beiden gepachteten Parkhäuser sowie der als Parkplätze genutzten Freiflächen (gewerblicher Bereich).

Die nachfolgende Übersicht zeigt die geplanten und im Ist erreichten Ergebnisse der beiden Parkhäuser, der als Parkplatz genutzten Freiflächen und des Straßenrandparkens.

Objekt	Ergebnis (T€)		
	Plan	Ist	Abweichung
City-Parkhaus	-155	-163	8
Parkhaus Am Markt	-120	-110	-10
Gepachtete Freiflächen	23	47	-24
Straßenrandparken	654	687	-33
Insgesamt	402	461	-59

Kumuliert über alle Objekte schließt die Parkraumbewirtschaftung mit einem positiven Ergebnis von 461 T€ ab. Die beiden Parkhäuser dezimieren jedoch den Ertrag beträchtlich, zeigen in den letzten Jahren aber zumindest eine leicht positive Entwicklung (Verluste Parkhäuser 2013: 327 T€; 2014: 296 T€; 2015: 285 T€; 2016: 284 T€).

3.5. Gebäudemanagement

Die Abteilung ist zuständig für die Unterhaltung und den Betrieb der städtischen Immobilien und Sporteinrichtungen, den Betrieb von zwei angemieteten Parkhäusern und die Bewirtschaftung der als Parkplätze genutzten Freiflächen.

In die nachfolgenden Betrachtungen fließen der Betrieb der Parkhäuser sowie die Bewirtschaftung der Parkplätze nicht mit ein, da diese in die Sparte Parken einbezogen wurden, um eine Gesamtaussage über die Ergebnisse der städtischen Parkraumbewirtschaftung treffen zu können.

Für die übertragenen Aufgaben wurden planungsseitig Aufwendungen von 7.339 T€ und Erträge von 6.911 T€ in Ansatz gebracht, so dass sich – nach Umlage der Abteilungs- und Betriebsleitungskosten – ein geplanter Verlust von 428 T€ ergibt. Im Ist wurde ein Verlust von 518 T€ erwirtschaftet, das sind 90 T€ über dem Plan.

Maßgebliche Ursachen für die Verschlechterung des Ergebnisses ggü. dem Plan waren insbesondere die deutlich höheren periodenfremden Aufwendungen (+ 94 T€; hier handelt es sich vor allem um Betriebskostenabrechnungen für 2015 für angemietete Gebäude, die grundsätzlich nicht planbar sind), die Kürzung des Budgets (- 35 T€; siehe oben) sowie die gestiegenen Aufwendungen für Strombezug (+ 35 T€).

In den letzten Jahren wurden auf Grund der finanziellen Lage der Stadt Eisenach an den Immobilien fast ausschließlich Instandhaltungsarbeiten vorgenommen. Die Unterhaltungsaufwendungen (656 T€) stellen sich daher in 2016 ggü. dem Plan um rd. 66 T€ verschlechtert dar.

Ergebnisverbessernd wirkten insbesondere die - infolge der insgesamt milden Witterung - geringeren Aufwendungen für Fernwärme (- 67 T€), Gas (- 57 T€) und flüssige Brennstoffe (- 35 T€).

In 2016 mussten aufgrund der angespannten Personalsituation bei den Hausmeistern - vor allem bei den Schulgebäuden - verstärkt externe Hausmeisterleistungen vergeben werden. Die entsprechenden Personalkosteneinsparungen infolge der Nichtbesetzung von 1,5 Stellen haben den Kostenanstieg durch die Vergabe externer Leistungen letztendlich leicht überkompensiert, so dass hier insgesamt eine geringfügige Einsparung (ca. 6 T€) zu verzeichnen war.

3.6. Fuhrparkmanagement

Das Sachgebiet Fuhrparkmanagement hat das Geschäftsjahr mit einem positiven Ergebnis von 185 T€ (Plan: 99 T€) abgeschlossen. Zu dem deutlich besseren Ergebnis haben hauptsächlich folgende Sachverhalte beigetragen:

- Anstieg der Umsatzerlöse um 22 T€ (davon 3 T€ Auflösung von Ertragszuschüssen aus der Förderungen von Elektrofahrzeugen)
- Erlöse aus dem Verkauf von Alttechnik in Höhe von 18 T€
- Verringerung der Personalaufwendungen um 17 T€
- Verringerte Abschreibungen von 19 T€ (v. a. durch in Folgejahre verschobene Investitionen)

Im Bestand des Fuhrparkes befindet sich immer noch ein großer Teil überalterter Technik. Im Geschäftsjahr wurden deshalb 228 T€ in neue Fahrzeuge investiert. Die in den letzten Jahren vorgenommenen Investitionen haben sich insgesamt positiv auf das Ergebnis der Sparte ausgewirkt.

3.7. Finanzanlagen

Planungsseitig wurde in der gesondert ausgewiesenen Kostenstelle Finanzanlagen von einem Überschuss als Finanzierungsbeitrag für den Regiebetrieb von 53 T€ ausgegangen. Dabei wurde von einer Gewinnausschüttung des Kommunalen Energiezweckverbandes Thüringen (KET), für die im Verband eingelegten KEBT-Aktien von 85 T€ sowie den entsprechenden Aufwendungen für die Zinsen aus der Finanzierung der KEBT-Aktien von 28,4 T€ ausgegangen.

Im Ist wurde sowohl der geplante Ertrag vereinnahmt als auch der geplante Zinsaufwand realisiert, so dass in diesem Geschäftsfeld der geplante Gewinn von 53 T€ auch im Ist ausgewiesen werden kann.

3.8. Flüchtlingsunterbringung

Auf die ausführlichen Ausführungen zur Thematik Flüchtlingsunterbringung unter Punkt 3. – Weitere Angaben zur wirtschaftlichen Lage des optimierten Regiebetriebes – wird verwiesen.

Der Bereich schließt mit einem leichten Defizit von 14,5 T€ ab. Dabei standen den entstandenen Aufwendungen in Höhe von rd. 998 T€ Erträge in Höhe von 983 T€ gegenüber. Geplant war für diesen Bereich ein ausgeglichenes Ergebnis. Hintergrund für das geringfügige Defizit war, dass – vor allem bedingt durch den erheblichen Personalengpass im Bereich der Buchhaltung im 2. Halbjahr 2016 bzw. im 1. Halbjahr 2017 – nicht alle entstandenen Kosten in Rechnung gestellt werden konnten.

3.9. Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung

Künftig ist es weiterhin unverändert wichtig, die Kostenrechnung als Instrument der Wirtschaftlichkeitskontrolle zu nutzen und das Verständnis der Abteilungs- und Sachgebietsleiter hierfür weiter zu entwickeln. Alle Abteilungen sind gehalten, die Kostenrechnung monatlich als Informationsquelle ihres wirtschaftlichen Ergebnisses auszuwerten und gegebenenfalls durch geeignete Maßnahmen gegenzusteuern.

Mit der Bündelung der gewerblichen Aufgaben der Stadt Eisenach im optimierten Regiebetrieb wurden die Möglichkeiten der Generierung neuer Synergieeffekte geschaffen, worin die Betriebsleitung auch die Chancen der weiteren Entwicklung sieht.

Finanziert wird der Regiebetrieb hauptsächlich durch Budgetzahlungen der Stadt Eisenach. Die Umsatzerlöse entfallen 2016 mit 80% auf diese Budgetzahlungen. Damit zeigt sich die unmittelbare Abhängigkeit von deren Haushaltslage.

Die 20% außerhalb des Budgets realisierten Umsatzerlöse resultieren vor allem aus der Friedhofs-, Parkraum- und Parkhausbewirtschaftung sowie der Vermietung und Verpachtung. Eine nennenswerte Steigerung der Erträge wird hier zukünftig nicht zu erwarten sein, da die vorhandenen Potenziale nahezu ausgeschöpft sind.

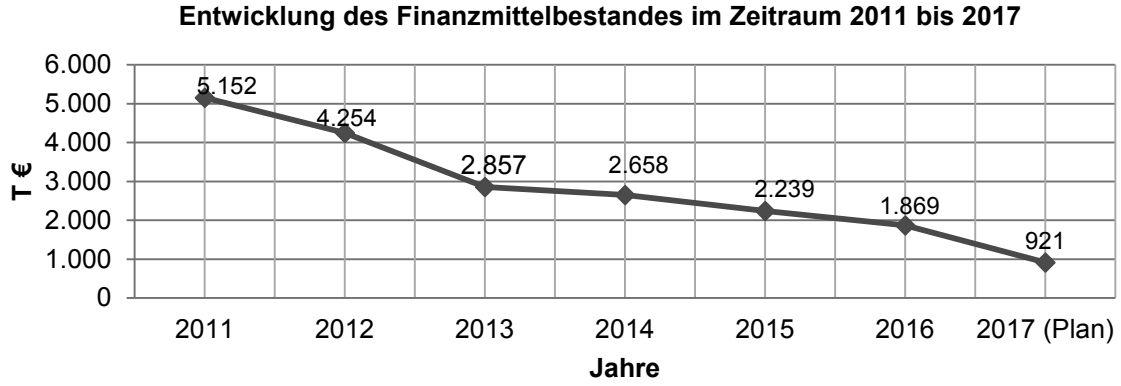
Nicht zufriedenstellend sind wie in der Vergangenheit schon mehrfach erwähnt der bauliche Zustand eines großen Teils der Gebäude (besonders der Schulen und Turnhallen), der Gemeindestraßen und besonders der Brücken. Hier besteht ein beträchtlicher Investitionsstau, welcher in der Folge zu einem höheren Reparaturaufwand und höheren Bewirtschaftungskosten führt.

Auch die Aufstellung eines ausgeglichenen Haushaltsplanes für das Jahr 2017 gestaltete sich - analog der Vorjahre - wiederum äußerst schwierig. Der Haushalt konnte wiederum nur durch Einplanung einer Bedarfszuweisung in Höhe von 9,5 Mio. € ausgeglichen werden. Die Beschlussfassung der Haushaltssatzung 2017 erfolgte in der Stadtratssitzung am 31.01.2017. Mit Bescheid vom 15.06.2017 wurde der Stadt Eisenach eine Bedarfszuweisung in Höhe von 7,23 Mio. € gewährt, so dass sich gegenüber dem im Januar beschlossenen Haushalt eine Mindereinnahme von rd. 2,3 Mio. € ergibt. Die Mindereinnahme machte den Erlass einer haushaltsrechtlichen Sperre in gleicher Höhe erforderlich, die durch den Haupt- und Finanzausschuss am 18.07.2017 beschlossen wurde.

In den Planungen für den Regiebetrieb wurde in Abstimmung mit der Stadt Eisenach von einer Steigerung der Budgetzuweisungen gegenüber dem Ist 2016 um 361 T€ auf 12.540 T€ im Folgejahr ausgegangen. Der Budgetansatz deckt die anfallenden Kosten jedoch nach wie vor nicht vollumfänglich ab. Stattdessen weist der Wirtschaftsplan 2017 ein beträchtliches Defizit in Höhe von 647 T€ aus.

Der Finanzmittelbestand hat sich aufgrund der Entwicklung im Geschäftsjahr erneut deutlich um rd. 370 T€ reduziert.

Die nachfolgende Grafik macht diese seit Jahren anhaltende Entwicklung deutlich.



Die voraussichtliche Reduzierung des Finanzmittelbestandes in 2017 auf 921 T€ ergibt sich aus dem geplanten Jahresergebnis 2017 (- 647 T€), den geplanten Investitionen (- 579 T€), den Tilgungszahlungen (- 82 T€) zuzüglich der geplanten Abschreibungen (360 T€).

Sollte sich dieser Trend fortsetzen, der im Wesentlichen aus einer unzureichenden Budgetzuweisung resultiert, wird der Finanzmittelbestand in absehbarer Zeit (1-2 Jahre) aufgebraucht sein.

3.10. Voraussichtliche Entwicklung des optimierten Regiebetriebes

Zur weiteren Optimierung der Aufgabenerfüllung der Stadt Eisenach wurde im Jahr 2014 im Auftrag des Freistaates Thüringen durch die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, ein Gutachten erstellt, in welchen auch die Arbeitsweise der städtischen Beteiligungen und des optimierten Regiebetriebes untersucht wurde. Die Empfehlungen des Gutachtens werden derzeit durch einen Workshop auf die Umsetzbarkeit geprüft. Zu diesen Empfehlungen gehören unter anderem:

- Prüfung der Aufgabenwahrnehmung des Sachgebietes Beleuchtung durch externe Vergaben
- Infrastrukturmanagement: Zusammenlegung der Sachgebiete Bauhof, Grünflächen und Fuhrpark mit entsprechenden strukturellen Anpassungen
    - gemeinsame Aufgabenerledigung
    - keine Neubesetzung von Stellen ausgeschiedener Mitarbeiter
    - gezielte Auftragsvergaben, insbesondere Aufträge mit hohem technischen Aufwand, um mit dieser Maßnahme den Kommunaltechnikbestand zu reduzieren
    - Umzug des Bauhofes in die Heinrichstrasse. Durch diese Maßnahme kann das Sozial- und Verwaltungsgebäude am Standort Gaswerkstraße aufgegeben werden, mit der Folge einer erheblichen Einsparung der Bewirtschaftungskosten. Zudem würden die gewerblichen Arbeitskräfte der Abteilung Infrastrukturmanagement an einem Standort gebündelt, welches beträchtliche organisatorische Vorteile mit sich bringt.
- Gebäudemanagement: Prüfung des Bestandes der zu bewirtschaften Gebäude
    - Verkauf der bewirtschafteten Wohnungen an die Städtische Wohnungsgesellschaft (SWG)
    - Verkauf nicht genutzter Immobilien durch die städtische Liegenschaftsverwaltung
    - keine Neubesetzung von Stellen ausgeschiedener Mitarbeiter
    - gezielte Auftragsvergaben

- Zentralabteilung: Prüfung der Möglichkeit der organisatorischen Zuordnung der Buchführung des Regiebetriebes zur Finanzverwaltung der Stadt Eisenach
- Ausbau des Controllings

Einige der Empfehlungen aus dem Gutachten konnten inzwischen vollständig oder teilweise umgesetzt werden. So wurden die Sachgebiete Bauhof und Fuhrpark zu einer Organisationseinheit mit entsprechenden strukturellen Anpassungen zusammengefasst, wodurch letztlich 1 Stelle eingespart werden konnte.

Auch die Empfehlungen, gezielte Auftragsvergaben zur Reduzierung des Kommunaltechnikbestandes durchzuführen und bewirtschaftete Wohnungen an die SWG zu veräußern, wurden teilweise bereits realisiert bzw. werden nach und nach geprüft und umgesetzt.

Eine Neubesetzung von Stellen ausgeschiedener Mitarbeiter erfolgt in der Regel nur dort, wo dies zwingend erforderlich und unabweisbar ist. Dies wird auch an der seit Jahren sinkenden Mitarbeiterzahl des Betriebes deutlich. Allerdings ergeben sich hierdurch, wie an anderer Stelle bereits dargestellt, immer mehr Engpässe bei der Auftragserfüllung, da auch eine Vergabe von Leistungen an Externe nicht immer zum Erfolg bzw. zur gewünschten Qualität führt.

Weitere Möglichkeiten der Optimierung der Aufgabenerfüllung werden seitens der Amtsleitung in Abstimmung mit den jeweiligen Fachbereichen im Rahmen der personellen und materiellen Ressourcen laufend geprüft und – soweit möglich – umgesetzt. Voraussichtlich im Jahr 2018 ist eine externe Untersuchung zur Optimierung der Bereiche Grünflächen und Friedhof vorgesehen.

3.11. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Der Regiebetrieb unterliegt dem Ausfallrisiko. Das ist das Risiko, dass ein Geschäftspartner seinen Verpflichtungen im Rahmen eines Finanzinstruments oder Kundenrahmenvertrags nicht oder nicht korrekt nachkommt und dies zu einem finanziellen Verlust führt. Der Regiebetrieb ist im Rahmen seiner operativen Geschäftstätigkeit Kreditrisiken (insbesondere ergeben sich Risiken aus Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und Darlehen) ausgesetzt.

Ausstehende Forderungen gegen Kunden werden regelmäßig überwacht und etwaige überfällige Zahlungen umgehend angemahnt.

Der Wertberichtigungsbedarf wird zu jedem Berichtsstichtag für die wesentlichen Kunden auf Einzelbasis analysiert.

Ein Ausfallrisiko aus Guthaben bei Banken und Finanzinstituten besteht aufgrund der Einbeziehung in das zentrale Cash-Management der Stadt Eisenach nicht.

Der Regiebetrieb überwacht das Risiko eines etwaigen Liquiditätsengpasses mittels Liquiditätsplanung.

Aus den Darlehen bestehen Verbindlichkeiten in Höhe von 587 T€ mit einer Restlaufzeit von über fünf Jahren.

Alle sonstigen Verbindlichkeiten haben i.d.R. eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr.

II. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Wirtschaftsjahres eingetreten sind, haben sich nicht ereignet.

Eisenach, im Dezember 2017

gez. Katja Wolf
Oberbürgermeisterin